

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbeförderungsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. September 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Lebensanzeigen 50 Pf. die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 101

### Bekanntmachung

Die weitere Verfeinerung der Lebensbedingungen, deren Berücksichtigung dem Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker bei seinem Zukunftsamt am 19. September d. J. obliegt, hat den Tarifausschuss veranlaßt, für die Zwischenzeit ein Provisorium zu schaffen und bereits für den Monat September einen angemessenen Ausgleich in den Lohnbezügen vorzunehmen.

Es ist deshalb beschlossen worden, daß die nach dem bisherigen Abkommen den Gehilfen, Hilfsarbeitern, Hilfsarbeiterinnen und Lehrlingen im Monat September zu zahlende Wirtschaftsbeihilfe in demselben Monate zweimal zur Auszahlung zu kommen hat, und zwar in voller Höhe einmal am ersten Zahltag und das zweite Mal in derselben Höhe am letzten Zahltag des Monats September. Auf Anweisung der Beschäftigten ist der anteilige Betrag wöchentlich auszahlbar.

Die zu zahlende Summe, gestaffelt nach drei Ortsgruppen und nach den Altersklassen, ist den Tarifparteien durch Veröffentlichung des Tarifamts vom 27. Juli bekanntgegeben worden. (Die diesbezügliche Bekanntmachung befindet sich in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 36 vom 5. August; im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 89 vom 4. August; im „Typograph“ in Nr. 32 vom 5. August, in der „Solidarität“ in Nr. 32 vom 6. August).

Inzwischen abgeschlossene örtliche Vereinbarungen behalten Gültigkeit und treten an Stelle dieses allgemeinen Abkommens; darüber hinausgehende Vereinbarungen sind deshalb nicht zu kürzen, darunterliegende dagegen sind entsprechend dem allgemein gültigen Abkommen zu erhöhen.

Mit diesem neuen Beschlusse des Tarifausschusses sind alle örtlichen Forderungen und Verhandlungen zwischen den Tarifparteien als erledigt zu betrachten. Es ist Pflicht der Tarifparteien, diese Voraussetzung für die vom Tarifausschuss herbeigeführte schriftliche Beschlußfassung bestimmt zu befolgen.

Berlin, 30. August 1921.

### Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Kans Keenemann,  
Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun,  
Gehilfenvorsitzender.  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Verdoppelung der Wirtschaftsbeihilfe

Aus vorstehender Bekanntmachung des Tarifamts ist zu ersehen, daß das starke Bemerkungsprinzip auf Prinzipalsseite an leitender Stelle unter dem Druck der gegenwärtigen Steuerungsstelle und ihrer bitteren Folgen für die tarifliche Ordnung im Gewerbe inzwischen einer besseren Erkenntnis weichen mußte.

Die Sätze der am ersten und letzten Zahltag des September auszuzahlenden Wirtschaftsbeihilfen sind laut Bekanntmachung des Tarifamts vom 27. Juli d. J. folgende:

Kohalaufschlag	Klasse C Verbehr.	Klasse C Bedi.	Klasse B Verbehr.	Klasse B Bedi.	Klasse A Mk.
0-7 1/2 Proz.	73,50	58,50	66,-	58,50	15,-
mit mehr als 7 1/2 bis 17 1/2 Proz.	85,-	70,-	79,-	70,-	18,-
mit mehr als 17 1/2 Proz.	110,-	87,50	98,75	85,-	20,-

Neuangeleitete Gehilfen, jugendliches Hilfspersonal und Lehrlinge erhalten an allen Orten eine monatliche Zulage von 10 Mk.

Den Hilfsarbeitern, soweit sie verheiratet und über 21 Jahre alt oder soweit sie ledig und über 24 Jahre sind, ist ein anteilmäßiger Betrag nach den für die Entlohnung im Reichstarif festgesetzten Prozentsätzen zu geben. Die für die A-Klasse festgesetzten Beträge kommen für die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen nicht prozentual, sondern voll zur Auszahlung.

Selbstverständlich ist es, daß damit die berechtigten Wünsche der Kollegenchaft bei weitem nicht erfüllt sind. Es bleibt eben leider noch viel zu viel Not und Elend übrig. Aber die Tatsache, daß diese Erleichterung auf tariflichem Boden zustandekam, die allen Kollegen selbst in den kleinsten Druckorten als tarifliches Recht zuteil werden muß, läßt uns einen Fortschritt darin erblicken, der es uns möglich macht, an die gesamte Kollegenchaft den ernststen Appell zu richten, dem Wünsche des Tarifamts im letzten Abhate vorstehender Bekanntmachung, alle zur Zeit noch schwebenden „örtlichen Forderungen und Verhandlungen damit als erledigt zu betrachten“, Rechnung zu tragen. Dadurch ist für eine erfolgreiche Verhandlung der kommenden Tarifausschubssitzung am 19. September die beste Grundlage im Interesse der gesamten Kollegenchaft gewährleistet!

### Kampf für eine bessere Wirtschaftsordnung!

Alles lebte einst in Frieden! Der Wirtschaftskampf bewegte sich in Bahnen des Abnehmens; jedes Volk war bestrebt, das Bestmögliche zu erzeugen, um auf dem Weltmarkt für seine Waren Abnehmer zu finden. Der Arbeiter spielte in diesem Prozeß nur die Rolle des „Objekts“, während die Kapitalisten als „Subjekt“ für sich die höchsten Gewinne erzielten. Es war ausgesprochener kapitalistischer Grundsatz, nur solche Unternehmen zu gründen und zu unterhalten, die den Zweck verfolgten, ihre Kapitalien zu vermehren. Wir wollen leben, was von diesem Grundsatze übriggeblieben ist, oder ob überhaupt von einem Grundsatze gesprochen werden kann, und ob schließlich nicht alles nur ein Spiel mit dem höchsten Gute — dem Wert —, erzeugt durch Arbeitskraft, war.

Durch den Ausbruch des Krieges waren die Zentralmächte von dem Weltmarkt verdrängt worden. Es trat eine Störung in dem bis dahin in der ganzen Welt gefälligen Handel ein, und gezwungen fand die Umstellung für den Kriegsbedarf statt. Besonders will ich Deutschland hervorheben, obwohl in allen Ländern für den Kriegsbedarf gearbeitet worden ist. Organizationalisch war eine Leistung, aber wirtschaftlich? Das ist eine Frage, welche man den Kapitalisten selbst zur Beantwortung überlassen kann.

Begnügten sich die Weltländer vor dem Kriege mit 5 bis 10 Proz. Dividende, so wurde während des Krieges schon mit 30 und 40 Proz. gearbeitet. Das bedeutete, das Land bis auf den letzten Tropfen Blut ausaugen; die Unternehmer konnten nicht genug bekommen. Sie hatten im wahren Sinne des Wortes die Hand an der Gurgel des Staates, allein von dem Wahne besessen, nur Geld und nochmals Geld zu verdienen. So arbeiteten alle in einem rasenden Tempo an ihrem eignen Untergange. Das Papiergeld wurde immer wertloser und die realen Werte verminderten sich so, daß nicht einmal die nötigsten Bedürfnisse gedeckt werden konnten. Die arbeitende Klasse wurde mit Gewalt dem Elend entzogen. Das war das Ergebnis für Deutschland, und das gleiche Ergebnis liegt heute für die andern Zentralmächte klar zutage. Ein vollständiges Stascho des kapitalistischen Grundgesetzes, Vermehrung des Kapitals. Was waren die Folgen?

In die neutralen Länder strömte das Gold; auch Amerika hat wohl nie so viel Gold in seinem Lande ge-

leben, welches so mühelos hereinkam. Mit Jubel wurde der Strom von Gold von den Kapitalisten begrüßt. Welche Folgen hatte dieser Reichtum für diese Länder? Nach der üblichen Vorstellung mühten diese Länder nur ein unbehümmertes Leben für alle ihre Volksgenossen gewährleisten können, weit gefehlt; auch hier gilt, was zu viel ist, ist vom Uebel. Gold hat einen internationalen konstanten Wert, dahinter stehen Waren, Arbeitskraft, Gold ist nur der Ausdruck für eine bestimmte Menge und Qualität von Gebrauchsgütern, die man für eine bestimmte Menge von Gold austauschen kann. In der heutigen Struktur der Gesellschaft ist dasjenige Land, das viel Gold hat, in der Lage, andre Länder, die wenig oder gar kein Gold haben, auszu kaufen.

Die Folgen davon sind, das ausgekaufte Land wird in Hörigkeit gebracht, die Arbeiter werden zu Sklaven gemacht und müssen ihr Leben unter den widerlichsten Verhältnissen fristen; sie werden durch Zwang zu Lohnbrüchern ihrer Brüder im Ausland!

Amerika kann keine Arbeiter nicht beschäftigen, weil der Dollar zu teuer ist, die Besitzer des Goldes kaufen die Gebrauchsgüter viel billiger in den besiegten Ländern, wo die Arbeitskraft so billig ist. Dadurch entsteht in dem Lande, wo das meiste Gold vorhanden ist, eine permanente Gefahr der Arbeitslosigkeit, und um diese keine Formen annehmen zu lassen, die verhängnisvoll für die Erhaltung des Staates werden muß, wehrt sich Amerika dagegen, daß Deutschland nur Dollars in Dollar als Wiedergutmachung kaufen darf. Die Folge davon ist, daß kein Mensch von Amerika etwas kaufen kann, weil alles zu teuer ist, nur durch Einfuhr von Bedarfsgütern sind Dollars in Dollar zu erhalten, was gleichbedeutend ist mit Währungsstabilität für billigen Waren und Arbeitskraft.

Sier hat sich nun der Grund der Vermehrung des Kapitals erfüllt, jedoch mit der entgegengesetzten Wirkung; die Amerikaner müssen trotz ihres Reichtums an Gold sich gegen diesen Reichtum wehren, wollen sie sich als Staat mit führender Rolle behaupten. Zollmauern werden errichtet, um die Flut von Waren, die in das Land kommen, einzudämmen. Die Konkurrenzunmöglichkeit, hervorgerufen durch den Wechselkurs, sucht nach Mitteln und Wegen, wieder konkurrenzfähig zu werden, und dort wo überall all die arbeitenden Klassen die Leidtragenden sind. Die Unternehmer gehen mit Lohnabbau vor und behaupten, die Verleuerung der Produktion liegt an der Höhe des Lohnes. Diese Behauptung ist vollständig aus der Luft gegriffen, eine Spekulation auf die Unwissenheit der Arbeiter, die falsche Bewertung der Produkte auf dem Weltmarkt, hervorgerufen durch den Wechselkurs; hierin ist die Verleuerung der Produkte zu suchen und nicht in ihrer Höhe des Lohnes. Große Streikwellen gehen über England, die Arbeiter kämpfen dort um die Erhaltung ihrer Lebensnotwendigkeiten und wehren sich gegen einen Lohnabbau. Auch in Deutschland, wo die Existenzmöglichkeit der Arbeiter fast eine Unmöglichkeit geworden ist, wo nur noch ein Veggelieren in Frage kommt, auch hier behaupten die Unternehmer, die hohen Löhne sind Ursache der Produktionsverleuerung.

Die Lebenshaltung der Arbeiter aller Länder wird von den Kapitalisten auf einem gleich niedrigen Niveau gehalten, ob man in Mark, in Dollar oder Frank entlohnt wird, überall hat das Geld in dem Lande, wo der Arbeiter heimisch ist, die gleiche Kaufkraft. Die Arbeiter hier wie dort haben nur die nackte Existenzmöglichkeit, von einem Lohnabbau kann also nie die Rede sein. Die Ursachen der Produktionsverleuerung liegen ganz wo anders, als in den hohen Löhnen. Spekulative Börsengeschäfte, die von heute auf morgen unbehümmert um ihren wirklichen Wert, Waren im Preise herauf- oder herunterziehen, das Zurückhalten von Waren trotz des Bedarfs, die willkürliche Produktionseinschränkung, alles das sind Ursachen der Verleuerung. Wenn erst die Besitzer der Produktionsmittel sich nach der Bedarfswirtschaft richten müssen, sind wir in der Lage, feststellen zu können, was und wer die Produkte verleuert. Notwendig ist es, die Arbeiter aller Länder müssen einsehen, daß wir nicht bloß Nationalökonomie, sondern Weltwirtschaft treiben müssen. Die Kapitalisten wollen eins nicht begreifen, daß der Wert aller Werte nur die Arbeit ist.

Deshalb haben die Hand- und Kopfarbeiter das Recht und die Pflicht, sich eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen. Nicht Lohnabbau, sondern Lebensunmöglichkeit.

Neukölln,

J. Wouters,



Lage wären, den Rekord. Die Unternehmer schreien bei einem selbständigen Vorgehen der Gehilfen Leiter und Morbio über unartiges Verhalten, Tarifbruch usw., bedenken aber nicht, daß sie durch die Vorenthaltung einer angemessenen Bezahlung auch die sonst ganz ruhig und objektiv urteilenden Korrekturen nach und nach in die Opposition gegen den Tarif drängen. Die Frage, ob dies zum Nutzen der Sache, zum Vorteil für die Arbeit und zur Steigerung der Arbeitsfreudigkeit dient, wird wohl ohne weiteres verneint werden können.

Und allerletztendes Endes ist der Mangel an sozialem Verständnis auf Seiten der Prinzipale die Ursache des Anwachsens der Opposition innerhalb der Gehilfenschaft, die dahin feuert, den Tarif zu beseitigen und durch ein reines Lohnabkommen zu ersetzen. Daß die Gehilfenopposition hier den Unternehmern Wasser auf die Mühlen liefert, kann nur kurzfristigen Vorzug geblieben sein; daß aber auf der andern Seite die Vertiefung der Gehilfenorganisation mehr als einen günstigen Zeitpunkt zur Verbesserung untrer Lebenshaltung verpaßt hat (z. B. während des Krieges), ist die zweite Ursache des Hinterbänkchens untrer Löhne hinter der Feuerung und des Anwachsens der Tarifgegnerschaft in Gehilfenkreisen. Welche Umstände durch entsprechende Maßnahmen zu beseitigen, ohne dabei das Kind mit dem Bad auszuschütten, sei für Gegenwart und Zukunft untrer seltener Wille. Nur geschlossen können und werden wir vorwärtskommen!

Leipzig.

F. J. . . .

## Gedenkt der Ledigen!

Dieser Mahnruf ist den Gehilfenvertretern unbedingt mit auf den Weg zu geben. Jeder klagende und einstimmige Buchdrucker muß sich doch sagen, daß die ledigen Gehilfen der Lohnklasse A einen ebenso schweren, wenn nicht noch schwereren Kampf um das tägliche Brot führen müssen. Nicht alle! Die Gehilfen, die bei ihren Eltern wohnen, können wohl eher mit dem Lohn auskommen. Aber wie vielen ist dieses nicht vergönnt! In der Fremde, unter fremden Leuten leben zu müssen, heißt, jede, auch die kleinste Sandreidung muß bezahlt werden. So, ich behaupte sogar: ein Verbeirateter ohne Kinder braucht sich nicht so einzufürchten wie ein Lediger der Lohnklasse A. Und trotzdem werden diese bei den Lohn-erhöhungen so kümmerlich behandelt. Ebenso soll mit einer erklären, was für ein Unterschied zwischen einem Ledigen der Klassen B und C und einem der Klasse A besteht. Muß der Ledige der Klasse A nicht ebenso seine produktive Arbeit leisten wie jeder andre Gehilfe? Weshalb bekommt er denn eine so „fürsichtige“ Wirtschaftsbekanntmachung von 20 Mk., während einer aus Klasse B 35 Mk. bekommt? Hier muß einmal gründlich aufgedummt werden. Überhaupt wenn ein Gehilfe sich auf der Reise befindet und eine Ausbilfskondition erwirbt, die er mit Freunden annimmt, „well, es, host“, seine zerlissenen Schuhe oder Hosen, etwas renovieren zu können, dann ist er in der Regel böse enttäuscht. Wenn er nicht „Kobidampf“ schmeckt, ist er gar nicht imstande dazu. Wenn wenn er sich latessen will, kann er nichts sparen. Am eignen Leibe habe ich es erfahren müssen. Auf der Waise hungern und bei einer Ausbilfskondition noch mehr hungern, weil man gezwungen ist, sich etwas anzuschaffen. Deshalb geht an die Gehilfenvertreter die Mahnung, verbietet es, daß auch weiterhin noch ein Teil zwischen Ledige und Verbeiratete getrieben wird. Denkt an eure Wanderjahre! Sorgt dafür, daß die Ledigen der Klasse A nicht diesmal wieder mit 20 Mk. den ganzen Monat abgepellet werden! Es wird von uns Ledigen stets Kollegialität und Solidarität verlangt, denkt aber auch daran, daß wir ebenfalls Menschen sind, die ein Recht zum Leben haben.

Magdeburg.

M. Schutter.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Hs. Bezirke Barmen-Eberfeld. Am 18. August fanden sich die Kollegen in stattlicher Anzahl zu einer kombinierten Versammlung in Barmen zusammen, um zu dem Ergebnisse der Kreisamtsitzung in Köln am 16. August Stellung zu nehmen. Vorherrschend kam erstens die Versammlung und stellvertretender Gehilfenvorsitzender Klinikau (Eberfeld) legte darauf den Gang der Verhandlungen dar. (Die Vereinbarungen sind in Nr. 98 des „Korr.“ veröffentlicht.) Die Versammlung nahm die getroffenen Vereinbarungen mit allen gegen zwei Stimmen an, stimmte aber folgender Entschließung zu: „Die kombinierte Versammlung der Bezirke Eberfeld-Barmen des B. d. B. V. akzeptierte das Abkommen der Kreisamtsitzung, wenn es auch nicht befriedigt. Die Versammlung erwartet aber, daß im September auf zentraler Grundlage eine den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Lohnzulage zu den jetzigen Löhnen bewilligt wird, die die gesamte Gehilfenschaft befriedigt. Damit im September den gerechten Forderungen der Gehilfen Rechnung getragen wird, wünscht die Versammlung, daß die Verbindung innerhalb der Gehilfenschaft Rheinlands und Westfalens aufrecht erhalten bleibt, um unter allen Umständen schlagfertig zu sein. Aus diesem Grunde ist die Konferenz am nächsten Sonntag in Essen zu bezeichnen und zwar auf Kosten der einzelnen Betriebe und Ortsgruppen. Die Zahl der Delegierten ist den einzelnen Ortsvereinen zu überlassen.“ Den Bericht von der eingeleiteten Lohnkommission erstattete Kollege Wortmann (Eberfeld). Als Delegierte zur Kreisversammlung der Betriebsräte, Orts- und Bezirksvorstände wurden die Lohnkommission und die Vorstehenden untrer beiden Bezirke von der Versammlung bestimmt.

Burgstädt i. Sa. In der Versammlung am 19. August wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Buchdruckergehilfen sind mit ihren finanziellen Kräften am Ende. Mit dem bisherigen Lohnstande sind die elementarsten Lebensbedürfnisse nicht mehr zu bestreiten. In der sie hier umgebenden Textilindustrie, wo die Stundenlöhne die untrigen um etwa 2 Mk. im Durchschnitt überlegen, und die letzten Forderungen auf 10 Mk. Stundenlohn gestellt sind, können die Buchdrucker nur noch ein Schaltenbleiben führen. Es wird ein schleunigster Ausgleich von Seiten der Verbandsleitung erwartet. (Westmarktslohn) Wenn das auf dem bisherigen Wege nicht mehr möglich ist, müssen neue bekräftigt werden. Familienausgleichslisten sind dringendes Erfordernis, deren Ausbau in Anlehnung an den DDB für die allgemeine Arbeiterchaft umgehend vorzunehmen ist. Ertliche Schritte in Richtung der Gemeinwirtschaft müssen endlich unternommen werden. Sollten die zentralen Verhandlungen den Gehilfen das Lebensrecht nicht sichern können, so hat der Verbandsvorstand zu allen Kampfmitteln zu greifen, um der ständig anwachsenden Kapitalmacht einen Druck entgegenzusetzen. Die Buchdruckergehilfen sind bereit dazu.“

Ct. Dresden. Maschinenmeißerverein — Halb-jahrsbericht. Untrer Generalversammlung nahm einige Statutenänderungen vor, um die lokalen Bestimmungen dem Grundstatut der Maschinenmeißervereine Deutschlands anzupassen. Der gedruckt vorliegende Rechenschaftsbericht wurde vom Vorsitzenden und vom Kassierer nach mündlich erweiterter. Der Bericht wurde debattiert genehmigt und sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. — Zum erstmalig seit 1914 beging der Verein wieder ein Stiftungsfest. Es konnte als wohlgeglungen bezeichnet werden. Die folgenden Versammlungen wurden von der Technischen Kommission durch zeitgemäße Vorträge bereichert. Eine Ausstellung von Offsetdruckern fand am 6. März, statt, und Kollege Müller von der Technischen Kommission hielt einen Vortrag hierzu. Die Vogtländische Maschinenfabrik Vomag (Plauen i. V.) hatte Beschreibung und Ansicht ihrer Offsetpresse „Vogland“ sowie eine Anzahl wohlgelegener Drucke freundschaftlich zur Verfügung gestellt; desgleichen überließ die Firma C. C. Meinhold & Söhne (Dresden) Offsetdrucke zur Ausstellung, auch gestaltete letztere Firma die Beschäftigung ihres Betriebs, wo wir zwei verschiedene Offsetpressen in Betrieb haben. Die Beteiligung war eine derartig starke, daß die Teilnehmer in mehrere Gruppen geteilt werden mußten. Von der Geschäftsleitung wurde uns in entgegenkommender Weise Aufklärung erteilt, auch über die Präparation der Zinkplatten. Den beiden Firmen sei auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen gedankt. — Das gleiche Thema wurde in der Aprilversammlung nochmals von Kollegen Ulrich behandelt. In derselben Versammlung beschäftigte sich Kollege Hoffmann von der Technischen Kommission mit dem Thema: „Tupfplattenschnitt“ und erklärte verschiedene einfache Verfahren, wie man einen Abzug von einem Klischee oder einer andern Zeichnung auf eine Zinkplatte übertragen kann. — Eine Versammlung der Lokalisationskollegen im April befaßte sich mit den Fragen des Aufzugs und der Normierung. — In der Mitglieder-versammlung im April fand ein Vortrag des Herrn Lehrer Reuter auf der Tagesordnung über „Kulturfragen“. Der starke Besuch und die volle Aufmerksamkeit der Zuhörer bewiesen, daß derartige Vorträge, wenn sie auch etwas aus dem Rahmen der Sparte herausfallen, gern einmal gehört werden. In dieser Versammlung waren die Gehilfenprüfungsarbeiten ausgestellt und wurden von Kollegen Clermont besprochen. Zur Prüfung gemeldet hatten sich 37 Druckerlehrlinge, von denen zwei die Prüfung nicht bestanden. — Aber die zweckmäßigste Verwendung eines harten oder weichen Aufzugs sprach in der Junierversammlung Kollege Ulrich von der Technischen Kommission, und Gauvortischer Freitag besprach die Offsetmaschine vom organisatorischen Standpunkt aus. — Die Julierversammlung hörte einen Bericht des Vorstehenden Lehmann über die Sitzung des Vorstandes der Buchdruckerberufsgenossenschaft mit den Versicherungsverteilern, die am 23. Mai in Dresden stattfand. Er gab einen kurzen Rückblick über die Sozialgesetzgebung und besprach erläutern Unfallverhütungsvorrichtungen.

M. Düsseldorf. Am 24. Juli beging der biesige Ortsverein sein diesjähriges Johannistfest durch ein Waldfest im Uper Wald. Unter klingendem Spiel zog die große Buchdruckerfamilie hinaus in die herrlichen Wäldchen, wo sich bald ein bewegtes Treiben und echte buchdruckerliche Fröhlichkeit entwickelten. Den Wirtschaftsbetrieb hatte der Ortsverein selbst in die Hand genommen, und dem esben Nah wurde durch die zahlreichen Buchdruckerfamilien nebst Freunden und Bekannten recht gut zugepflegt. Eine Reihe Spiele u. dgl. unterhielt und all bis zur Dunkelheit, wo es alsdann mit Gedächtnis wieder nach der Stadt ging im Bewußtsein, einen schönen Nachmittag in freier Natur verbracht zu haben. — Am 13. August fand die Monatsversammlung statt, die zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen zu ehren hatte. Der Vorstehende gedachte alsdann des 60jährigen Jubiläum des Kollegen August Lohkamp. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten berichtete Kollege Müller (Söln) über den Verlauf des Ähner Streiks, den auch die Düsseldorf-Kollegen durch Sammellisten aufs beste unterstützten. Einen breiten Raum nahm die Stellungnahme zu den Beschäftigten des Tarifauschusses ein. Die Versammlung lehnt auch den revidierten Schiedsspruch als ungenügend ab und beauftragte den Vorsitzenden, auf der Kreisamtsitzung für die Gewährung derselben Zulage einzutreten, wie sie Essen und Köln errungen hatten, je-

doch ohne Staffellung. Des weiteren beschloß die Versammlung die Beschickung der nach Eberfeld einberufenen Versammlung der Betriebsräte für das rheinisch-westfälische Buchdruckerwerbe am 14. August, wo ebenfalls die Lohnfrage zur Tagesordnung kam. Nachdem so die Lohnfragen erledigt waren, zog es die Mehrheit der Versammlung vor, trotzdem es noch früh war, das Lokal zu verlassen, und so wurde dann der Vortrag über das neue Lohnsteuergesetz nur in knappen Zügen durch Kollegen May wiedergegeben. Bebauert wurde, daß die Kollegenschaft für solche wichtige Fragen nur geringes Interesse bekundete. Aufgenommen wurden noch fünf Kollegen und dem Ortskassierer nach dem gedruckt vorliegenden Stoffbericht Entlastung erteilt.

Essen. In untrer Versammlung am 19. August erkreute uns Kollege Prög (Welm) mit einem Referat über: „Die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und die Buchdrucker im besondern“. Redner behandelte in klarer, ausführlicher Weise vor den aufmerkamen Zuhörern dieses Themas. Reicher Vokal lobte ihm dafür. In der Diskussion wurde scharfe Kritik an den völlig unzureichenden bisherigen „Erlösen“ bei den Tarifverhandlungen geübt. Nur die gewerkschaftliche Disziplin, so führte ein Kollege aus, hat uns bis heute vor einem Sonderergeben bewahrt, doch würde, wenn nicht bald eine Besserung untrer Lage einsehe, auch hier in Essen die Not uns zwingen, zur Selbsthilfe zu greifen. Im Laufe der Debatte wurde folgende Resolution eingebracht und später einstimmig angenommen: „Die Gehilfenschaft Essenachts protestiert aufs entschiedenste gegen die bisher gewährten, vollständig unzureichenden Zulagen, die in keiner Weise der herrschenden Teuerung entsprechen haben. Die Gehilfenschaft verlangt mit allem Nachdruck, daß bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen der bestehenden Teuerung Rechnung getragen wird. Es muß vom Verbandsvorstand und den Gehilfenvertretern verlangt werden, daß sie dafür Sorge tragen, daß die Löhne der Buchdrucker auf diejenige Höhe kommen, die eine ausreichende Ertragskraft sichern. Ferner muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die Lohnerböhen dem Wochenlohn hinzugefügt werden. Die monatlichen Wirtschaftsbekanntmachungen sind zu vermelden. Die Gehilfenschaft Essenachts erklärt, geschlossen hinter den Gehilfenvertretern zu stehen. Sie unterläßt aber auch nicht, zu erklären, daß sie im Fall eines nicht zufriedenstellenden Ergebnisses bei den bevorstehenden Verhandlungen im Tarifauschusse zur Selbsthilfe greifen wird.“

L. Frankfurt a. M. „Die erbärmliche Entlohnung der Buchdruckergehilfen und untrer Stellungnahme zur Tarifauschussung“ lautete die Tagesordnung der außerordentlichen Mitglieder-versammlung am 19. August. Anlaß zu dieser Versammlung gab das Vorgehen der Personale in den biesigen Zeitungsbetrieben zwecks Gewährung von Wirtschaftsbekanntmachungen, das nur in einer früheren Zeitungsdruckerei von Erfolg besaßelt war, während die andern Zeitungsbetriebe ihre Personale auf den Verhandlungsweg verwiesen. Folgende, einstimmig angenommene Entschließung war das Resultat des ersten Teiles der Tagesordnung: „Die rapide, sprunghafte Steigerung aller Lebensmittelpreise, die vollständige Unmöglichkeit für die Gehilfenschaft, sich auch nur die geringsten Vorräte für den Winterbedarf zu beschaffen, machen es den Frankfurter Buchdruckern unmöglich, bis zum 1. Oktober mit dem derzeitigen Lohne zu wirtschaften. Die heutige Versammlung beauftragt den Bezirksvorstand, schnellstens bei der Prinzipalität Verhandlungen einzuleiten zwecks Gewährung einer Teuerungszulage auf der Grundlage des Ähner Abkommens. Die Gehilfenschaft ist wohl gewillt, selbstgeschaffene Gesetze zu beachten, es muß ihr aber die Möglichkeit gegeben werden, dabei zu bestehen. Der Vorstand wird beauftragt, kommende Woche über das Ergebnis Bericht zu erstatten.“ In längeren Ausführungen sprach Johann Kollege Gumbel vom zweiten Teile der Tagesordnung: „Untrer Stellungnahme zur Tarifauschussung“, und legte der Versammlung eine Entschließung vor, deren Annahme empfehlend. Gleichzeitig verleserte Redner, daß Kollege Nepeck das unbeschränkte Vertrauen der Frankfurter Kollegenschaft besitze und der Pflus betreffs des gebundenen Mandats keine persönliche Spitze gegen den Gehilfenvertreter bedeute. Nachdem noch mehrere Kollegen im Sinne der Entschließung gesprochen, führte der Gehilfenvertreter, Kollege Nepeck, aus, daß er sich mit dem Inhalte der Entschließung gleichfalls einverstanden erklären könne. Mit Entschiedenheit müsse er es aber ablehnen, mit einem gebundenen Mandat zu den Tarifverhandlungen zu gehen. Die Abstimmung über die Resolution wurde geteilt vorgenommen, und es wurde der erste Teil einstimmig, der zweite Teil gegen eine starke Minderheit angenommen. Die Resolution lautet: „Die fortwährende Steigerung der Lebenshaltung im Vereine mit der ungestört sich immer weiter ausbreitenden Bewucherung aller Volksgenossen sowie die seit Jahren völlig unzureichende Entlohnung der graphischen Arbeiterchaft hat eine derartige Verelendung der Buchdrucker und deren Familien herbeigeführt, daß unbedingt gehandelt werden muß. Die Frankfurter Buchdruckergehilfen beauftragen deshalb ihren Vertreter, bei den demnächstigen Verhandlungen im Tarifauschusse nur auf Grund der nachstehenden Forderungen zu berufen: Der Grundlohn einschließlich Lohnzuschlag ist um 100 Proz. zu erhöhen und tritt an die Stelle des bisherigen Grundlohns einschließlich Lohnzuschlag und Teuerungszulagen. Die Wirtschaftsbekanntmachungen sind in der jetzigen Höhe bis zum 30. November 1921 weiterzugeben. Das Lohnabkommen ist nur bis 30. November 1921 fortzuführen. Die Erhöhung versteht sich für alle Klassen und Orte und stellt für die Frankfurter Buchdruckergehilfen das Mindestmaß dessen dar, was bewilligt werden muß, insoweit erhaltet der Gehilfenvertreter zu





